Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Landwirtschaft geben. Dort hingegen, wo die Wirtschaftsstruktur einheitlich ist — geprägt entweder durch Landwirtschaft oder Industrie —, wird nach wie vor ein Sowjet bestehen, dessen Charakter entweder auf Landwirtschaft oder auf Industrie ausgerichtet wird. Die Umgestaltung der Verwaltungsorgane ging also nach Parteimuster; es sind lediglich die Landesbezirke, wo man eine Abweichung findet. Die Bezirks-Parteikomitees werden nämlich durch die Parteikomitees der Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen abgelöst, und so wird der einheitliche Charakter dieser Parteiorgane erhalten bleiben. Die Bezirkssowjets werden aber nötigenfalls genau so unterteilt, wie die höheren Sowjets.

Noch ein weiterer Unterschied tritt zwischen Partei- und Sowjetstruktur auf der Stufe der Landesbezirke ein: die in landwirtschaftlichen Landesbezirken gelegenen grösseren Industriebetriebe werden den direkt höheren Industriesowjets (also zum Beispiel den Industriesowjet des gegebenen Gebietes, dessen Bestandteil der Landwirtschaftsbezirk ist) unterstellt. Auf Parteiebene werden aber für diese Betriebs-Parteiorganisationen spezielle zonale Organisationen und zonale Parteibehörden errichtet.

Zusammenlegungen

Noch eine weitere Aenderung tritt ein: die Landesbezirke werden wesentlich vergrössert. Bisher war das einer Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltung untergeordnete Territorium dem Landesbezirk nicht gleich. Laut Beschluss des Novemberplenums werden aber jetzt die Grenzen der Landesbezirke und der Produktionsverwaltung zusammenfallen. So wird die Anzahl der Bezirke auf etwa die Hälfte reduziert, wodurch der Staat wesentliche Verwaltungsausgaben zu ersparen hofft. In dieser Beziehung bedeutet die Reform eigentlich die Fortsetzung der schon nach 1953 angetretenen Entwicklungstendenz. Im Jahr 1938 gab es in der UdSSR 808 Städte und 942 Siedlungen städtischen Charakters. Am 1. 1. 1962 war diese Anzahl auf 1722 bzw. 3212 gestiegen (bis 1954 umfassten die Dorfsowjets meist nur ein kleines Gebiet, mit kleiner Bevölkerungszahl). Die Anzahl der Dorfsowjets ging von 74 813 im Jahre 1949 auf 40 777 im Jahre 1962 zurück. Dieser Rückgang war bei den Bezirken nicht so weitgehend wie bei den Dorfsowjets. Erst die jetzige Reform wird in dieser Richtung einen grossen Schritt darstellen.

Beispielshalber weisen wir auf die neue Struktur der Verwaltungseinheiten und Verwaltungsorgane in den einzelnen Unionsrepubliken hin.

In der *RSFSR* wurden in fünf Grenzgebieten und 37 Gebieten je zwei (industrielle und landwirtschaftliche) Sowjets errichtet. In einem Grenzgebiet, in 12 Gebieten und 5 autonomen Gebieten blieben hingegen je ein Sowjet bestehen, denn in diesen Verwaltungseinheiten ist entweder die Industrie oder die Landwirtschaft vorherrschend. Statt den bisherigen 1867 Landesbezirken wird es in Zukunft in der RSFSR nur 784 geben.

Aehnlicherweise wurde die Reform auch in der Ukraine durchgeführt. Laut Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukraine vom 30. 12. 1962 wurden entsprechende Gebietssowjets für Industrie bzw. Gebietssowjets für Landwirtschaft in namentlich aufgeführten Fällen errichtet.

Sonst bleibt die Organisationsstruktur der Gebiete einheitlich. Die Anzahl der Landesbezirke wird wesentlich verringert: von 730 auf zirka 250. («Prawda», 21. 11. 1962, die Rede von Podgornyi.)

In *Kasachstan* wurde die Verwaltung folgendermassen umgestaltet: in den Gebieten Alma-Ata, Ostkasachstan und Karaganda, wo die Industrie und die Landwirtschaft gleich entwickelt sind, werden je zwei Gebietssowjets (für Industrie und Landwirtschaft) errichtet. In den übrigen elf Gebieten und in allen drei Grenzgebieten, wo entweder die Industrie oder die Landwirtschaft überwiegt, werden die einheitlichen Gebietssowjets aufbewahrt, ihr «Profil» wird aber entweder auf die Industrie oder auf die Landwirtschaft ausgerichtet. In zwei Grenzgebieten wurden mehrere Industriebezirke aufgestellt, die direkt den Grenzgebietssowjets untergeordnet wurden, weil die zwischen ihnen und den Grenzgebietssowjets liegenden Gebietssowjets sind von landwirtschaftlicher Natur. Territorial liegen also diese Bezirke im Rahmen eines Gebietes, trotzdem sind sie aber vom landwirtschaftlichen Gebietssowjet unabhängig.

Die Anzahl der Landesbezirke ging in *Weissrussland* von 123 auf 77 zurück, in Aserbajdschan wurden 22 Landwirtschafts- und 4 Industriebezirke aufgestellt, das Nagorno-Karabacher Autonome Gebiet wurde auf drei einheitliche (landwirtliche) Bezirkssowjets geteilt; der vierte Bezirk hat hingegen zwei Sowjets erhalten. In Tadschikistan wurden 25 landwirtschaftliche Bezirke aufgestellt.

Planberichte

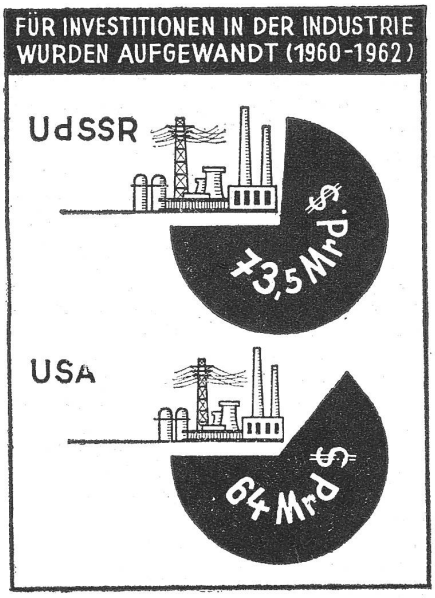
Sowjetunion

Verschleiert

Wir haben in der letzten Nummer die wichtigsten Angaben aus dem Bericht der Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der UdSSR über das abgelaufene Volkswirtschaftsjahr wiedergegeben. Aber der Bericht ist nicht nur durch seine Angaben interessant, sondern auch durch seine Lücken (er ist übrigens erheblich weniger detailliert als im Vorjahr).

Vor allem ist es überaus bezeichnend, dass in einem Bericht über die «Erfüllung» des Volkswirtschaftsplanes nur über die mengen- oder wertmässige Produktion und deren Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, nicht aber über die quantitative und prozentuale Erfüllung des Planes gesprochen wird. Ob nun der Plan in den einzelnen Sparten erfüllt wurde oder nicht, geht aus diesem Bericht überhaupt nicht hervor. Oft fehlen auch die Vergleichsmöglichkeiten bezüglich des Produktionszuwachses (siehe KB, Nr. 5).

Am auffallendsten offenbart sich diese Verschleierungstaktik auf dem Gebiet der *chemischen Industrie*. Chruschtschew hat am 21. Parteitag, bei der Ankündigung des Siebenjahresplanes (27. 1. 1959), der Entwicklung der chemischen Industrie eine «besondere Bedeutung» zugemessen, was am 22. Parteikongress wiederholt bestätigt wurde. Danach soll die Gesamtproduktion dieser Industriesparte während der sieben Jahre auf das dreifache anwachsen, was mit anderen Worten 300 Prozent und durchschnittlich einen jährlichen Zuwachs



Wenn die Investitionen unter dem Plan bleiben, so sollen Vergleiche mit den USA auf künstlich konstruierter Dollarbasis moralischen Aufschwung geben. Natürlich ist das Investitionsbedürfnis in der immer noch nicht durchindustrialisierten UdSSR höher. Anderseits sind die Fortschritte sicher nicht zu leugnen. Nur kommen sie weniger der Bevölkerung als der Staatsmacht zugute.

von 42,8 Prozent bedeutet. Demgegenüber gestaltete sich ihr Jahreszuwachs — laut den respektiven Berichten der Statistischen Zentralverwaltung — wie folgt: 1959 = 10 Prozent, 1960 = 12 Prozent, 1961 = 14 Prozent, 1962 = 15 Prozent. Daraus ergibt sich ein Jahresdurchschnitt von nur 12,7 Prozent. Die Aussichten sind auch für das kommende Jahr nicht viel besser, denn im Plan ist für die Chemie nur ein Anstieg von 17 Prozent vorgesehen.

Wie im Bericht zu lesen ist, erhöhte sich in den ersten vier Jahren des Siebenjahresplanes (1959/1962) das Realeinkommen der Werktätigen um 18 Prozent.

Davon entfallen 3 Prozent auf das Jahr 1962, so dass auf die vorhergehenden drei Jahre je 5 Prozent gerechnet werden können. Nach den Kontrollziffern des Siebenjahresplanes soll aber das Realeinkommen bis Ende dieser Periode um 40 Prozent zunehmen, was einen durchschnittlichen Jahreszuwachs von 5,7 Prozent voraussetzt. Demgegenüber erhöhte sich das Realeinkommen in den ersten drei Jahren nur um je 5 Prozent und ist im vierten Jahr (1962) sogar auf 3 Prozent zurückgefallen. Um die im Plan vorgesehenen 40 Prozent erreichen zu können, müsste sich in den kommenden drei Jahren das Realeinkommen um je 7,3 Prozent vergrössern, was angesichts der gegenwärtigen Lage der sowjetischen Wirtschaft nicht zu erwarten ist.

Obwohl die Sowjetunion als einer der bedeutendsten Holzproduzenten betrachtet werden kann und ihr Holzexport (1961) im Wert von 325,5 Mio Rubel insgesamt 11 verschiedene Sorten Holzprodukte umfasst, ist im Bericht dieser wichtige Industriezweig nur mit der einzigen Sparte des Holzeinschlages vertreten. Der Grund dieser Zurückhaltung ist scheinbar in jenen Missständen und Planrückständen zu

suchen, worüber die sowjetische Presse laufend zu berichten pflegt. So teilte zum Beispiel der Ministerrat der RSFSR (Russische Föderation, umfasst 77 Prozent des Gebietes und 56,1 Prozent der Bevölkerung der UdSSR, auf deren Gebiet sich der grösste Teil der Wälder befindet) bereits Ende Oktober 1962 mit, dass der Jahresplan der Holzerzeugung unerfüllt bleiben werde. Die Planerfüllung für die ersten neun Monate des Jahres betrug nur 97,3 Prozent, womit sich ein Ausfall von 4,3 Mio Kubikmeter Holz ergab. Als Grund werden unter anderem der Mangel an Verbindungsstrassen und die ungenügende Ausnützung der vorhandenen maschinellen Ausrüstungen angegeben. Im August 1962 standen in der Forstwirtschaft nur 37,3 Prozent der Traktoren im Einsatz. Nach anderen amtlichen Meldungen werden noch immer 40 Prozent der sowjetischen Holzproduktion zu Heizzwecken verbraucht.

Polen

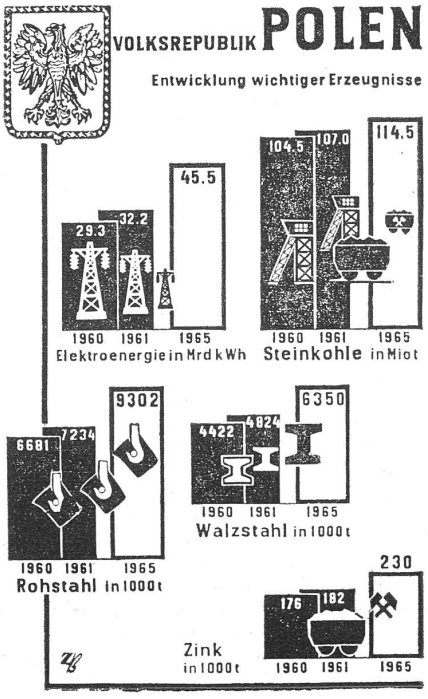
Besorgt

Ein abschliessender Bericht liegt aus Polen noch nicht vor, doch wird bei der Industrieproduktion eine knappe Uebererfüllung von 100,5 Prozent gemeldet (Produktionszuwachs gegenüber dem Vorjahr 8,7 Prozent). An der Uebererfüllung war jedoch nur die Schwerindustrie «schuld», die 10,1 Prozent mehr erzeugte als 1961, während die Konsumgüterindustrie unter dem Soll blieb (Zuwachs 6,5 Prozent).

Genau wie in den vorhergehenden Jahren und entsprechend dem Plan hat das Tempo der Entwicklung der Maschinen- und chemischen Industrie das allgemeine Tempo der Entwicklung der ganzen Industrie hinter sich gelassen.

Nicht erfüllt wurde der Produktivitätsplan, und auch die Produktionskosten konnten nicht wunschgemäss gesenkt werden.

Die polnische Industrie in den ersten Jahren des Fünfjahresplanes in einer sowjetzonalen Darstellung.



Sehr schlecht ist aber relativ die Lage der Landwirtschaft, die allerdings unter sehr ungünstigen Witterungsbedingungen gelitten hat. Die Agrarproduktion war um 7,8 Prozent niedriger als (im günstigen Jahr) 1961 und um 8,6 Prozent geringer als geplant.

Tschechoslowakei

Aufrichtig deprimiert

Obwohl das Statistische Amt den Bericht über die Planerfüllung des vergangenen Jahres noch nicht veröffentlicht hat, wurden in der Parlamentsdebatte über den Volkswirtschaftsplan für 1963 und die Planerfüllung 1962 (25. 1. 1963) folgende Daten bekanntgegeben: Die Industrie konnte im Jahre 1962 ihr Plansoll nur zu 98,8 Prozent und die Bauwirtschaft nur zu 96,2 Prozent erfüllen. Der Plan der Produktivität ist ebenfalls nur zu 98,6 Prozent erfüllt worden. Der geplante Lohnfonds wurde um 300 Mio Kronen überschritten, und die Reallöhne sind durchschnittlich um 1,5 Prozent gestiegen. Die Produktionskosten hatten sich nur um 0,99 Prozent vermindert, obwohl der bereits herabgesetzte Plan 1,67 Prozent vorgeschrieben hat (ursprünglich sollten es 2,22 Prozent sein).

Nicht erfüllt haben ihren Plan: die Maschinen- und Schwermaschinenindustrie, die Hüttenindustrie (vor allem bei Stahl und Walzgut), das Verkehrswesen, der Aussenhandel und die Landwirtschaft.

Die Lage der Landwirtschaft ist besonders ungünstig, da ihre Globalproduktion im Jahre 1962 um 6 Prozent zurückgegangen ist. In den letzten fünf Jahren konnte sie ihre Produktion nur um 1 Prozent erhöhen. Es ist bezeichnend, dass bei den Staatsgütern die Verluste weiter zugenommen haben, obwohl sie im Jahre 1961 bereits ein Defizit von mehr als 1 Milliarde Kronen aufgewiesen haben.

Nachdem die vergangenen zwei Jahre schwere Rückschläge in der Produktion gebracht hatten, haben die tschechoslowakischen Planungsexperten die Planziele für das Jahr 1963 so niedrig angesetzt wie noch in keinem anderen Jahr seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Für das Jahr 1963 sieht der Wirtschaftsplan eine Zunahme der industriellen Produktion um lediglich ein Prozent vor. Das ist das niedrigste Planziel seit dem Jahre 1945.

Als sich herauszustellen begann, dass auch die Pläne für das Jahr 1962 nicht erfüllt werden können, beschloss die tschechoslowakische Regierung im Sommer des vergangenen Jahres, den laufenden Fünfjahresplan 1961—1965 fallenzulassen. Für 1963 ist soeben der Plan veröffentlicht worden, dem später ein Plan für die folgenden sieben Jahre (1964—1970) folgen soll.

8 Millionen Bulgaren

Die bulgarische Bevölkerung hat nunmehr die 8-Millionen-Grenze überschritten. Am 31. Dezember habe die Einwohnerzahl Bulgariens 8 046 000 betragen.

Von je 11 Bulgaren lebt einer in der Hauptstadt des Landes, Sofia, deren Einwohnerzahl zum Jahresende 698 494 betragen habe.

Bevölkerung

SBZ

Volkszählung 1964

Der Sowjetzonenministerrat hat am 22. Dezember 1962 einen «Beschluss über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung im Jahr 1964» gefasst. Die letzte Volks- und Berufszählung in der Sowjetzone hat am 31. August 1950 stattgefunden. Ein Gesetz der Volkskammer vom 11. Dezember 1957 über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung, für die am 8. August 1958 der 15. Januar 1959 als Termin festgesetzt wurde, war seinerzeit mit der Notwendigkeit kommentiert worden, die Etappe in der Entwicklung der Sowjetzone von 1951 bis 1958 einzuschätzen und dafür das erforderliche statistische Material zu sammeln, damit der Verlauf der Bevölkerungsprozesse nachgewiesen werden könne. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes (Dezember 1957) war auch die Erarbeitung einer grösseren Anzahl von Kennziffern für die Vorbereitung des 3. Fünf- und späteren 1. Siebenjahresplanes als zwingend bezeichnet worden, die der Staatlichen Plankommission zur Verfügung gestellt werden sollten. Mit der Festlegung des Termines für die Volks- und Berufszählung auf den 15. Januar 1959 war die Sowjetzone weitgehend einer Empfehlung der Statistischen Kommission des Sozial- und Wirtschaftsrates der Uno nachgekommen, «nach Möglichkeit eine Volkszählung in den auf Null endenden Jahren oder möglichst nahe daran vorzunehmen».

Umso überraschender war dann der Beschluss der Volkskammer vom 8. Dezember 1958, den bereits festgelegten Termin der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung aufzuheben und ihn mit der dem Ministerrat übertragenen Vollmacht, einen Termin «zu einem ihm zweckmässig erscheinenden Zeitpunkt» festzusetzen, ad calendas graecas zu vertagen.

«Mit Stichtag 31. Dezember 1964» ist jetzt die Volks- und Berufszählung — auf eine Wohnraumzählung, die separat 1961 stattgefunden hat, wird verzichtet — erneut angesetzt worden. Damit ist zwar der Tag, an dem die Zählung stattfinden wird, noch nicht festgelegt, die Sowjetzone kommt aber mit dem «Stichtag» dem Idealtermin einer Volks- und Berufszählung, dem 1. Januar eines Jahres, nahe. Die Sowjetzonenregierung erwartet von der Volks- und Berufszählung den Aufschluss über die Struktur der Bevölkerung, der ihr, zumindest nach Ansicht der Statistiker, seit 1950 fehlt. Sie erwartet ferner nach Vorliegen der Ergebnisse der Zählung Möglichkeiten, die sich seit 1950 ergebenden Strukturveränderungen untersuchen und nach marxistischen Gesetzen auswerten zu können. Nicht nur aus demographischen, sondern vor allem aus polit-ökonomischen Gründen ist es der Sowjetzonenregierung wichtig, zu wissen, wie die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand aussieht. Sie interessiert sich deshalb — die die Volkszählung soll ihr dazu verhelfen — für die berufliche Gliederung und die soziale Schichtung, darüberhinaus für die «Lösung bestimmter Aufgaben», für die Gliederung der Gesamtheit der Ehefrauen nach Alter, Heiratsalter und Ordnungsjahr der Ehen,

Politik

Ungarn

Wahlen

Am 24. Februar finden in Ungarn die Wahlen der neuen Nationalversammlung und der lokalen Räte statt. Erstmals seit der kommunistischen Machtübernahme werden einige Prozent der Kandidaten auf der Einheitsliste nicht dem ursprünglichen Vorschlag der KP oder der von ihr gelenkten «Patriotischen Volksfront» entsprechen.

Tatsächlich wurden auf den Wahlversammlungen, wo die Kandidaturen gewöhnlich von den Bürgern unbesehen ratifiziert werden müssen, verschiedentlich Wahlvorschläge zurückgewiesen, die von der Partei ausgearbeitet worden waren. Nach einer Angabe Kadars (Wahlrede vom 29. Januar) «wurden in 3800 Fällen die ursprünglichen Volksfrontkandidaten durch andere ersetzt». (Es sind rund 107 000 Räte der unteren Stufe zu wählen.) Laut anderen Quellen, unter anderem der offiziellen KP-Zeitung «Nepszabadsag», gab es «in fast allen Bezirken» eine oder mehrere Streichungen durch die Volksversammlung.

Die Wahlvorschläge werden von den jeweiligen örtlichen Organisationen der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (= KP) ausgearbeitet. Auf den Wahlversammlungen können die vorgeschlagenen Kandidaten abgelehnt werden, worauf sich die vorbereitenden Instanzen um neue Kandidaten bemühen müssen. Dass aber die Bürger von dieser theoretischen Vetomöglichkeit jetzt in wenigstens 3800 Fällen auch praktischen Gebrauch gemacht haben, ist nicht nur für Ungarn, sondern für den ganzen Ostblock praktisch einmalig. (In Polen allerdings ermöglicht das kontrollierte Mehrparteiensystem echtere Wahlen.)

Die Wahl selbst ist dann freilich wieder streng einheitlich (ein Kandidat pro Sitz) und damit auch keine Wahl mehr.

Was einen — sehr relativen — Spielraum für direkte Volksbeeinflussung geboten hat, war die Wahlkampagne. Es handelt sich zweifellos um einen Aspekt der vielzitierten ungarischen «Liberalisierung». Echt ist aber auch sie nicht. Wohl konnten in etwa 30 Prozent der Fälle die gewünschten KP-Kandidaten nicht durchdringen, aber dass sie etwa durch oppositionelle Leute ersetzt würden, steht selbstverständlich ausser Diskussion. Die KP bereitet nach wie vor sämtliche Nominierungen vor.

Im Gegenteil liess sich sogar gerade dieses Jahr anhand offizieller Publikationen, die über dieses Thema sonst selten sind, in den organisatorischen Details nachweisen, wie sehr die Partei den gesamten Wahlgang unter Kontrolle hält.

Die Januarnummer der Parteizeitschrift «Partelet» erhielt Anweisungen zur Durchführung der Wahlkampagne. In diesem von Jozsef Toth, Chef der Abteilung für Agitation und Propaganda im Zentralkomitee, gezeichneten Aufruf heisst es etwa unter Ziffer III, «Die organisatorischen Fragen der Wahlen»:

«Die mit der Wahl zusammenhängende politische und organisatorische Arbeit wird von der Partei geregelt und gelenkt. Für die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe auf allen Gebieten ist das zuständige territoriale Parteiorgan verantwortlich. Die Volksfrontkomitees sollen unter den Massen breite politische Aufklärungsarbeit leisten, sie sollen den Parteiorganen bei der Aufwahl der Abgeordneten- und Ratsmitgliederkandidaten behilflich sein. Die zuständigen Parteikomitees sollen bei der Zusammenstellung der Wahlkommissionen verschiedenen Ranges sowie bei der Auswahl der Abgeordneten und Ratsmitglieder mit den Volksfrontkomitees zusammenarbeiten, sie sollen diese um ihre Meinung und Vorschläge bitten. Sie sollen der Organisation von Wahl- und Kandidierungsversammlungen sowie der Propagierung der Kandidaten Aufmerksamkeit schenken. Sie sollen die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an den Wahlen mobilisieren. Die Gewerkschaften, der Kommunistische Jugendverband, die Frauenräte und andere Gesellschaftsorgane müssen die politisch-organisatorische Arbeit vor allem unter ihren eigenen Mitgliedern und den Massen leisten. Die Parteiorgane sollen die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Massenorganisationen garantieren...

Die Mitglieder der verschiedenen Wahlkommissionen müssen, auf Grund der von den Volksfrontkomitees gestellten Kandidatur, von den Exekutivkomitees der zuständigen Räte bestätigt und vom Präsidenten des Exekutivkomitees vereidigt werden...»

Diese Organisationsmethode spricht ja für sich. Sie entspricht schliesslich dem offiziellen Zweck der Wahlen (nach der gleichen Quelle): «Die ungarische Volksrepublik und ihre Behörden — vom Parlament bis zu den Gemeinderäten — müssen durch die Wahlen politisch weiter gefestigt werden. Die führende Rolle der Partei, die Geltung der Parteipolitik kann in den Räten vor allem durch Kandidatur und Wahl von angesehenen erfahrenen Kommunisten gewährleistet werden.»

China

Via Exilregierung?

Vier Parlamentsmitglieder der Praja Sozialistischen Partei Indiens unterrichteten Premierminister Nehru davon, dass die rotchinesischen Behörden in Tibet nach zuverlässigen Informationen kommunistische Exilregierungen für den indischen Schutzstaat Bhutan und das Protektorat Sikkim aufgestellt haben. Diese aus einheimischen prochinesischen Elementen beider Randstaaten des Subkontinents gebildeten «Schattenkabinette» seien für den Fall eines chinesischen Einmarsches oder eines von Peking gesteuerten Putsches dazu bestimmt, die Verwaltung von Sikkim und Bhutan zu übernehmen. Von Rotchina würde bereits ein sanfter Druck auf Indiens Nachbarn ausgeübt, diese «Regierungen» anzuerkennen. — Offenbar wiederholt sich hier der «Fall Terioki» aus dem finnischen Winterkrieg 1939/40. Damals bildete Sowjetrussland in der finnischen Grenzstadt Terioki eine finnische Exilregierung unter dem Kominternsekretär Kuusiinen, die dann später sang- und klanglos in der Versenkung verschwand, als die erhoffte Eroberung Finnlands durch die Rote Armee am tapferen Widerstand der Finnen scheiterte.

Hintergründe des Spannungsverhältnisses Peking – Moskau (I)

Von Dr. *N. v. Ostrowska*

Die Ereignisse auf dem 6. Parteikongress der SED in Ostberlin haben der westlichen Welt mit aller Deutlichkeit das de facto bestehende Spannungsverhältnis zwischen Peking und Moskau kundgetan. Der chinesische Delegierte Wu Hsiu-ch'üan wurde niedergeschrien und führte dennoch mit eisigem Gesicht seine Ansprache zu Ende. Wu Hsiu-ch'üan ist 1909 geboren, stammt aus der Provinz Hupei, trat 1927 der KP Chinas bei, wurde in der Sowjetunion geschult und hat Universitätsbildung aufzuweisen. Er ist Mitglied des ZK der KP Chinas und war früher rotchinesischer Botschafter in Belgrad. Sonst bekleidet er offenbar keine Funktionen, ist also reiner Parteimann und für derlei Anlässe, wie der Parteikongress in Ostberlin, zur dritten Garnitur zu zählen. Dies mag auch der Grund sein, weshalb Chruschtschew seine Anwesenheit während der Rede des rotchinesischen Delegierten als nicht unbedingt erforderlich betrachtet haben mag, so dass die gegenseitige Nichtachtung beiderseitig war.

Den Inhalt der Rede Wu Hsiu-ch'üans bildeten kurz folgende Punkte: ein Angriff auf das Tito-Regime und seine konterrevolutionäre Strategie; die Unterstützung der Regierung Nehrus im Grenzstreit mit China durch die USA und von «einigen Leuten», die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen und Recht und Unrecht verwechseln; der Vorwurf, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen Bruderparteien vor dem Angesicht des Feindes in die Oeffentlichkeit gebracht werden; schliesslich wurde die Bewahrung der Einheit des sozialistischen Lagers gefordert. Diese Themenstellung lässt zunächst den Schluss zu, dass hier anhand von aktuellen Gegenwartsereignissen eine Problematik aufgegriffen wird, deren Inhalt erst in der jüngsten Vergangenheit, d. h. nach dem 22. Kongress der KPdSU, relevant geworden ist. Diese Konklusion ist aber nicht schlüssig.

Bevor wir auf die eigentlichen Hintergründe des Spannungsverhältnisses Peking—Moskau eingehen, sei noch festgestellt, dass der gleiche Delegierte, Wu Hsiu-ch'üan, auch an dem 8. Kongress der bulgarischen KP Anfang November 1962 in Sofia und anschliessend am 8. Kongress der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Mitte November in Budapest teilnahm. Während Wu in seiner Budapester Rede im wesentlichen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rotchinas einging, hielt er in Sofia eine grundsätzliche Rede, zu der die Berliner Ausführungen lediglich eine Ergänzung darstellen. Es scheint daher wichtig auf die wesentlichen Punkte der Sofioter Rede einzugehen.